



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24831 - 38
Fernschreiber 0886290

P/XIII/133 - 18. Juni 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seiten:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2 a	Stabile Währung! Von Dr. Heinrich Deist, MdB	196
3 - 4	Die Hinrichtungen in Budapest Ein Urteil, das die Welt entsetzt	61
5	Paris aktiviert seine Außenpolitik Frankreich soll in Europa Führungsrolle übernehmen	49
6 - 7	Eine Meldung und ihre mögliche Kommentierung Von Kurt Hirsch	71

* * * * *
* * * * *

Stabile Währung!

Von Dr. Heinrich Deist, MdB

Am 20. Juni feiert die D-Mark Geburtstag. Am 16. Juni 1948 erliesen die alliierten Militerbefehlshaber das Erste Gesetz zur Neuordnung des Geldwesens in den Westzonen, dessen erster Satz lautet: "Mit Wirkung vom 21.6.1948 gilt die Deutsche-Mark-Währung." Eine deutsche Bundesregierung gab es zu dieser Zeit noch nicht. Die erste Bundesregierung konnte erst im Herbst 1949 nach Erlass des Grundgesetzes geildet werden. In Frankfurt bestand ein Zweizonenwirtschaftsrat mit beschränkten Befugnissen auf wirtschaftlichem und finanziellen Gebiet. Die Hauptlast des wirtschaftlichen Aufbaus lag bei den Ländern und Gemeinden. Vor dem Erlass waren deutsche Sachverständige gehört worden. Ihr wesentlicher Vorschlag, Währungsreform und Lastenausgleich zu gleicher Zeit zu regeln, wurde von den Alliierten abgelehnt.

Das Fundament des Aufbaus

Mit der neuen Währung war wieder eine feste monetäre Grundlage für den Wiederaufbau Deutschlands geschaffen. Bisher war die Grundlage sehr schwankend. Und wenn heute grosse Festreden aus Anlass dieses Jahrestages gehalten werden, dann sollte man in erster Linie jener Frauen und Männer gedenken, die in den Jahren 1945 bis 1948 - also vor der Währungsreform! - unter dankbar schwierigen Verhältnissen, bei ungenügender Lebenshaltung und zu Löhnen und Gehältern, deren Wert immer mehr zusammenschmolz, wieder die ersten tragenden Fundamente der deutschen Wirtschaft legten. Im Vordergrund dieses Kampfes für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft und gegen Demontage und Sabotage des wirtschaftlichen Aufbaus standen Männer wie Kurt Schumacher und Hans Böckler, und im industriellen Herzen Deutschlands in Nordrhein-Westfalen insbesondere der inzwischen verstorbene Wirtschaftsminister Erik Nölting. Diese drei Männer haben ihren unermüdlichen, unerschrockenen und geradezu übermenschlichen Einsatz für Deutschlands Wiederaufbau mit einem allzu frühen Tode bezahlt. An seiner Gedenktage, der den Wiederaufbau Deutschlands aus der Not und dem Elend des Jahres 1945 gilt, müssen diese drei Männer an erster Stelle genannt werden.

Preise gingen eigene Wege

Zehn Jahre nach dem Zusammenbruch, im Jahre 1955, war die Periode des eigentlichen Wiederaufbaus beendet. Die Kriegsschäden waren im wesentlichen beseitigt, die Wirtschaft lief auf vollen Touren, die Zeiten grösster Arbeitslosigkeit waren zunächst beendet. Seit dieser Zeit wissen wir, dass ein wichtiges Problem bis heute nicht gelöst ist: nämlich das Problem, eine stabile Währung zu erhalten und zu sichern.

Der innere Wert der Währung, d.h. die Kaufkraft des Geldes, wurde bereits dreimal in der kurzen Geschichte der Deutschen Mark bedroht. Unmittelbar nach der Währungsreform stiegen die Preise innerhalb von sechs Monaten um rund 15 %. Für die vor der Reform georteten Warenbestände konnten nunmehr hohe und höchste Preise erzielt werden, sumal die Menschen, die so lange so vieles entbehren mussten, geradezu nach Waren hungerten. Damals griff die Notenbank mit harten Mitteln der Kreditbeschrankung ein und erreichte, dass das Preisniveau bis zum Ende des Jahres 1950 im ganzen wieder auf den Stand nach der Währungsreform zurückging. Allerdings musste dafür ein hoher Preis gezahlt werden: 1,5 Millionen Menschen wurden arbeitslos.

18. Juni 1958

Die zweite Preiserhöhung größeren Ausmaßes erlebten wir zur Zeit der Korea-Krise. Wieder stieg das Preisniveau um rund 13 %; wieder griff die Bundesnotenbank mit scharfen Mitteln ein. Diesmal gelang es ihr aber nur, die Preise um etwa ein Drittel der vorangegangenen Preissteigerungen zurückzudrängen.

In der dritten Periode der Preissteigerungen stehen wir nunmehr seit Ende des Jahres 1955. Aber jetzt handelt es sich nicht mehr um eine plötzliche, durch besondere Umstände ausgelöste, jeden sichtbare starke Preiserhöhung, sondern um eine regelmäßige, verhältnismäßig unauffällige Entwicklung. Jährlich steigen die Preise um 2 - 3 %; in den vergangenen Monaten lagen die Preise sogar um 4 % über dem Vorjahrsstand. Insgesamt ist das Leben seit 1950 um 20 % teurer geworden.

Das Tauziehen um den Ausgleich der Geldentwertung

Die Gefahren einer solchen Entwicklung liegen offen zutage. Derartige laufende Preissteigerungen bedeuten für die Bezieher fester Einkommen, daß die Kaufkraft des gleichen Einkommens ständig sinkt. Lohn- und Gehaltskämpfe gehen nunmehr nicht mehr nur um eine angemessene Beteiligung am steigenden Wirtschaftsertrag, sondern darüber hinaus um einen Ausgleich der Geldentwertung. Es werden daher größere Lohnerhöhungen gefordert, als ohne die Preiserhöhungen notwendig wären. Die Anpassungsschwierigkeiten für alle Unternehmen, die nicht die gleichen Möglichkeiten für die Steigerung ihrer Leistungen haben wie in Großunternehmen der "neuen" Industriezweige, werden umso größer. Der Ausgleich unumgänglicher Preiserhöhungen durch entsprechende Preissenkungen fehlt.

Außerdem droht die Gefahr, daß die Sparneigung, die für die Finanzierung der Investitionen notwendig ist, nachteilig beeinflusst wird, nachdem sie gerade im Laufe des letzten Jahres in einem geradezu erstaunlichen Maße zugenommen hat. Aber gefährlicher noch ist die Tatsache, daß damit der Prozeß einer schleichenden Inflation ausgelöst wird, der nur Unheil bringen kann.

Allmählich gewöhnt sich jeder daran, daß die Preise laufend etwas steigen. Die Arbeitnehmer versuchen, den Ausgleich durch Lohn- und Gehaltskämpfe zu erzwingen. Der Bundestag muß, wenn das auch meist sehr spät geschieht, die Renten der Alten und Hilfsbedürftigen nachziehen. Sehr bald erreicht eine solche Entwicklung ein Tempo, das ohne schmerzvolle Maßnahmen nicht mehr aufgehalten werden kann. Wenn einmal ein solcher inflationärer Prozeß ausgelöst ist, dann treiben sich Preiserhöhungen und Lohnerhöhungen gegenseitig; dann ist es müßig, darüber zu streiten, ob in einem bestimmten Stadium dieses Prozesses eine Preiserhöhung durch eine vorangegangene Lohnerhöhung bedingt ist oder umgekehrt.

Ein bezeichnendes Beispiel für die Gefährlichkeit eines solchen fortgeschrittenen Prozesses war der letzte Lohnkampf in der Stahlindustrie. Von Oktober 1956 - den Zeitpunkt der vorangegangenen Lohnerhöhung - bis zum Frühjahr 1958 waren die Lebenshaltungskosten um etwa 6 % gestiegen. Die Lohnerhöhung betrug zwischen 5 und 5 1/2 %. Sie reichte also nicht einmal zum Ausgleich der Verteuerung der Lebenshaltung aus; von einer Beteiligung an dem Wirtschaftsaufschwung, der inzwischen vor sich gegangen war, konnte keine Rede sein. Trotzdem bedeutete eine Lohnerhöhung von 5 bis 5 1/2 % für manche Betriebe, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen, eine Belastung, die unter Umständen nur auf dem Wege über Preissteigerungen ausgeglichen werden kann.

Das Ergebnis dieser Überlegung ist klar: Die Aufgabe der modernen Konjunkturpolitik besteht darin, rechtzeitig Gegenmaßnahmen gegen einen Kaufkraftschwund des Geldes zu ergreifen.

Der freie Wettbewerb versagt

Nun haben sich die Bedingungen des wirtschaftlichen Wachstums im Laufe der letzten Jahrzehnte wesentlich verändert. Bis in das Jahr 1957 waren die Preiserhöhungen eine Begleiterscheinung der Hochkonjunktur. Ständig steigende Nachfrage bei voll ausgenutzten Kapazitäten führte zu einer Marktlage, in der hohe Preise gefordert und auch bewilligt wurden. Preissenkungen erfolgten auch dort nicht, wo sie nach der Kostenlage möglich gewesen wären. Die notwendige Gegenwirkung einer strengen Kartell- und Monopolkontrolle fehlte, die Grenzen wurden nur langsam und ungenügend für die Einfuhr billiger Auslandswaren geöffnet. Im Gegenteil: ausgelöst und verstärkt wurde diese Entwicklung durch amtliche Preiserhöhungen für wichtige Güter des allgemeinen Lebensbedarfs, z.B. Mieten, Kohlen, Milch usw.

Aber nunmehr tritt ein neuer Tatbestand auf, auf den z.B. die Deutsche Bundesbank in ihrem Jahresbericht für das Jahr 1957 besonders hinweist:

"dass das Preisniveau weiter stieg, obwohl sich die Konjunktur offensichtlich entspannte und sich seit dem Winter 1957/58 sogar deutliche Symptome einer Abschwächung erkennen liessen."

In dem gleichen Jahresbericht weist die Bundesbank - wie auch schon früher - darauf hin, dass unter diesen Umständen die Mittel der Geld- und Preispolitik nicht ausreichen, um die Preisentwicklung unter Kontrolle zu halten. Hier muss die Wirtschaftspolitik mit den grossen Mitteln, die dem modernen Staat zur Verfügung stehen, eingreifen, um gefährliche wirtschaftliche Folgen zu verhindern.

Diese Erfahrungen machen wir nicht nur in Deutschland, sondern in allen grossen Industriestaaten. Die Gründe für die Unbeweglichkeit des Marktes liegen tief in der Struktur der modernen Wirtschaft begründet. Wenn selbst bei rückläufiger Konjunktur das Preisniveau zunächst jedenfalls weiter steigt, so ist das ein untrügliches Zeichen dafür, dass der Wettbewerb in der Wirtschaft nicht ausreicht, um die erforderlichen Korrekturen rechtzeitig automatisch herbeizuführen.

Die Macht der Grossunternehmungen

Zurückzuführen ist dies auf die Tatsache, dass immer grössere Zweige der Wirtschaft von dem stark zunehmenden Konzentrationsprozess erfasst werden. Der Zug zum Grossunternehmen ist offensichtlich unwiderstehlich. Die Zahl der Industriezweige, in denen einige wenige Riesenunternehmungen einen übergrossen Teil der Produktion auf sich vereinigen und den Markt beherrschen, wird immer grösser.

Zum Teil versuchen diese Unternehmungen, ein hohes Preisniveau durch feste Verbraucherpreise (Markenartikel!) aufrechtzuerhalten, auch wenn die Marktentwicklung eine Preissenkung verlangt. Dieses Anwachsen der marktbeherrschenden Unternehmen stellen wir heute nicht nur in den traditionellen Bereichen der Grosswirtschaft fest - etwa im Kohlenbergbau, in der Stahlindustrie, in der Chemie oder in der Automobilfabrikation. Heute werden auch zahlreiche Zweige der Verbrauchsgüterindustrie, z.B. die Herstellung von Haushaltsmaschinen, Waschpulver und Backpulver, Margarine, Zigaretten usw., von einigen wenigen Grossunternehmen beherrscht. Sie haben die Macht, Preiserhöhungen selbst denn zu erzwingen, wenn nach der Konjunkturentwicklung eine Preissenkung angebracht wäre.

Typische Beispiele für eine solche Preispolitik waren die Preiserhöhungen für Kohle und Stahl unmittelbar nach der letzten Bundestagswahl. Diese Großunternehmen sind aber auch in der Lage, fällige Preissenkungen lange Zeit zu verhindern. Eine solche Erstarrung des Preisniveaus muß zwangsläufig zu einer Verschärfung von Krisenerscheinungen führen, bis ein Punkt erreicht wird, an dem sich selbst mit Gewalt ein überhöhtes Preisniveau nicht mehr aufrechterhalten läßt. Dann besteht die Gefahr ruinösen Wettbewerbs mit Preiseinbrüchen, die schweren wirtschaftlichen Schaden, vor allem Betriebsstillegungen und Arbeitslosigkeit zur Folge haben können. Einem solchen ruinösen Wettbewerb war in den letzten Monaten z.B. der Heizölmarkt nahe, auf dem die großen Mineralöl-Konzerne und die großen Kohlenhandelsgesellschaften um ihren Marktanteil kämpften. Inzwischen haben sich allerdings Mineralöl-Gesellschaften und Kohlenbergbau wieder geeinigt: Die Preise steigen wieder. So manipulierten private Kräfte die Preise, und die Regierung sieht zu.

Feste feiern genügt nicht!

Hier erwachsen der Wirtschaftspolitik besondere Aufgaben. Sie kann und darf die Dinge nicht treiben lassen, wenn sie nicht Gefahr laufen will, daß die notwendige Preisbereinigung über Betriebsstillegungen und Arbeitslosigkeit erzwungen wird. Und sie muß rechtzeitig handeln, auch wenn mächtige Interessengruppen dies zu verhindern suchen. Vor allem muß die Regierung alles unterlassen, was Preiserhöhungen begünstigt. Sie darf - auch wenn sie Ausgaben, die ihr besonders ans Herz gewachsen sind, einschränken muß - keine defizitäre Finanzpolitik betreiben. Leider führt die Finanzpolitik des Bundes zu steigenden Defiziten, die zwangsläufig inflationär wirken müssen. Sie darf selbst keine Erhöhung der amtlich festgesetzten oder manipulierten Preise herbeiführen. In der Bundesrepublik dagegen werden seit drei Jahren ständig derartige Preise und Tarife erhöht. Sie muß im Hinblick auf die steigende Bedeutung marktbeherrschender Unternehmungen eine sehr straffe Kartell- und Monopolkontrolle durchführen. Es hat Jahre gedauert, bis ein unzulängliches Kartellgesetz geschaffen wurde, und bis heute ist die Kontrollbehörde noch nicht voll funktionsfähig. Mit öffentlichen Unternehmungen kann und muß die Regierung eines modernen Staates marktbeherrschenden Unternehmungen im Wettbewerb gegenüber treten und einen Druck auf die Preise ausüben. Die Bundesregierung dagegen will die öffentlichen Unternehmen abstoßen und damit auf ein wichtiges Mittel der Preispolitik verzichten.

Heute hat die wirtschaftliche Entwicklung bereits ein Stadium erreicht, in dem es fraglich erscheint, ob die Stabilisierung des Preisniveaus noch ohne einen scharfen Beschäftigungsrückgang erreicht werden kann. Schon zeigen sich bedenkliche Schwächeerscheinungen in der Wirtschaft, insbesondere im Kohlenbergbau, in der Stahl- und der Textilindustrie. Der zehnte Geburtstag der D-Mark sollte daran erinnern, daß es nicht genügt, Feste zu feiern, sondern daß es gilt, den inneren Wert der vor zehn Jahren geschaffenen Währung zu erhalten und zu sichern.

+ + +

Die Hinrichtungen in Budapest

ler - Empörung, Entsetzen und Abscheu kennzeichnen die Reaktion auf das Terrorurteil in Budapest. Es richtete sich gegen Männer, die in den schweren Oktobertagen 1956 den kühnen und verzweifelten Versuch unternahmen, ihr Land von dem Würgegriff eines verhassten und verachteten Regimes zu befreien. Imre Nagy, Paul Maléter und all die anderen führenden Persönlichkeiten des ungarischen Volksaufstandes waren selbst aus der kommunistischen Partei hervorgegangen, aber sie hatten es verstanden, sich den stalinistischen Entartungserscheinungen zu entziehen, in ihrem Herzen glühte noch das Verlangen nach Freiheit, nach Bewahrung der Würde des Menschen, nach einer nationalen und gesellschaftlichen Ordnung, frei von Fremdherrschaft und Diktatur. Die Empörung eines gequälten und gedemütigten Volkes machte sich in jenen Oktobertagen Luft, alle Schichten wurden von ihr ergriffen, an ihrer Spitze die Budapester Arbeiter, die wie ihre Brüder in Berlin und in Posen den sowjetischen Panzern in schwerem Opfergange trotzten. Nur kurz leuchtete über Ungarn die Sonne der Freiheit. Unter dem erbarmungslosen Einsatz sowjetischer Panzer in den Strassen Budapests und in den Industriegebieten Nordungarns verblutete die ungarische Revolution.

Wie hat die Sowjetunion den ungarischen Aufstand vergessen, beleuchtete er doch eine der größten Schwächen des als Folge des Hitlerkrieges gewaltig angewachsenen sowjetischen Imperiums: Auch unter dem Griff einer eisenharten Diktatur regt sich das Streben der Unterdrückten nach einem menschenwürdigeren Dasein, gilt der Satz: dass der Mensch vom Brot allein nicht leben kann. Eine zweite bittere Lehre mussten die Männer des Kreml aus den Ereignissen des 17. Juni, dem Posener Aufstand und der Volkserhebung in Ungarn ziehen: In allen drei Ländern waren es die gerade vor den Kommunisten so unwerbenden Arbeiter und die Jugend, die das Banner des Aufstandes und der Revolution erhoben und durch ihren Kampf zum Sprecher des ganzen Volkes wurden. Diese Arbeiter und die Jugend gingen nicht auf die Strasse und trotzten der fremden Besatzungsmacht, um für die Wiederherstellung einer überlebten gesellschaftlichen Ordnung zu kämpfen und zu sterben. Sie kämpften und starben für die Umwandlung einer alle gesunden Kräfte der Nation lähmenden kommunistischen Diktatur in eine freiheitlich-sozialistisch-demokratische Ordnung, in der der Mensch nicht zum willenlosen Objekt einer fremden Herrschaft degradiert wird und in der der Mensch sich frei und ohne Furcht entfalten kann.

13. Juni 1958

Die gegenwärtigen Machthaber von Budapest hätten dieses ungeheuerliche und das menschliche Gewissen herausfordernde Urteil - es gleicht mehr einem Mord als einer Urteilsfindung - nicht wagen und fällen können, wären sie nicht der vorherigen Zustimmung der Sowjetunion und ihrer leitenden Männer gewiss gewesen. Eine Vielzahl von Motiven mag hier vielleicht den Ausschlag gegeben haben. Für die willigen Werkzeuge Moskaus in Budapest die Überlegung, durch die Hinrichtung Nagys und seiner engsten Gefährten dem ungarischen Volk zu "beweisen", dass es alle Hoffnung auf eine Linderung der Diktatur oder gar auf eine Wiederholung des Oktoberaufstandes aufzugeben habe.

Welch trügerischer Kurzschluss! Aus dem Blut der Erschossenen und Gehängten wächst neuer Hass. Hinrichtungen sind wahrlich das ungeeignetste Mittel, die Sympathie und Unterstützung eines Volkes zurückzugewinnen. Noch mehr als früher schlägt den Münnichs und den Kadars die Verachtung aller jener Menschen entgegen, die in dieser entsetzlichen Zeit noch das Empfinden für unverzichtbare Worte bewahrt haben.

Für den Kroml, ohne dessen Zustimmung die Hinrichtung Nagys nicht hätte erfolgen können, mag diese grausige Tat das Ergebnis kühlen Nachdenkens sein. In den letzten Monaten hat die Welt das Wiederaufleben der jugoslawisch-sowjetrussischen Spannungen erlebt. Die Periode einer Koexistenz zwischen dem betont nationalkommunistischen Jugoslawien und der auf die bedingungslose Ein- und Unterordnung aller kommunistischen Parteien und Staaten bestehenden Sowjetunion neigt sich dem Ende entgegen. Vorbei sind die freundlichen Begrüßungen für und die gequälten Entschuldigungen eines Chruschtschow bei Tito, vorbei sind die Beteuerungen Moskaus, jedes Land habe das Recht, eigene sozialistische Wege zu gehen. Inwieweit ist hier der Generalsekretär der russischen kommunistischen Partei ein Treibender oder ein Getriebener? Soll der Mord an Nagy und seinen engsten Gefährten aus den heroischen Tagen des Ungarnaufstandes den kommunistischen Häuptern in der übrigen Ostblockstaaten eine Warnung sein, wie weit sie gehen und wie kurz sie auf der Stelle treten können?

Das Budapester Schreckensurteil wurde an dem gleichen Tage einer schockierten Weltöffentlichkeit bekanntgegeben, an dem Chruschtschow, entgegen allen diplomatischen Gewohnheiten, seine an die Regierungshäupter von London, Washington und Paris gerichteten Schreiben veröffentlichte. Die Sowjetunion drängt recht stark auf eine Gipfelkonferenz. Sie hat dazu wiederholt ihre Bedingungen genannt. Die Wiedervereinigung Deutschlands, für die die vier Siegermächte mit der Verantwortung tragen, gehört nicht dazu, wie auch nicht die Behandlung, gerade von Dulles so oft gewünscht, des Status der Ostblockvölker. Darüber lässt die Sowjetunion nicht mit sich verhandeln, und sie hat dies mit einem blutigen Akt demonstriert, der der Welt die Unschlossenheit der Sowjetunion bekräftigen soll, die Ostblockstaaten noch fester an sich zu ketten als es in der Vergangenheit der Fall war.

Paris aktiviert seine Aussenpolitik

- Paris -

Die aussenpolitische Aktivität der Regierung de Gaulle lässt vermuten, dass der neue Ministerpräsident das wahrnehmen will, was ihr seit Jahren verschwebt: Frankreich soll wieder die führende Nation in Europa werden. Nach den letzten Informationen scheint festzustehen, dass de Gaulle in Nordafrika selbst Verbündete sucht, um mit den Aufständischen in Algerien eine Verhandlungsplattform zu finden. Zu diesem Zweck hat er überraschend schnell für eine Entspannung zwischen Frankreich und Tunesien dadurch Sorge getragen, dass er die Zusage gab, die französischen Truppen innerhalb weniger Wochen aus Tunesien zurückzuziehen. Nur der Flottenstützpunkt Bizerta soll für die französischen Marineeinheiten offen bleiben. Wenn dieses Abkommen zustandekommt, gewinnt de Gaulle den tunesischen Staatspräsidenten Bourguiba als einen der wichtigsten Makler für Verhandlungen mit den Aufständischen in Algerien. Marokko, das aus wirtschaftlichen Gründen sehr an einem guten Verhältnis mit Frankreich interessiert ist, dürfte ebenfalls nach einer Regelung des Konfliktes zwischen Tunesien und Frankreich seine guten Dienste bei Verhandlungen mit den Aufständischen in Algerien anbieten. In jedem Fall gewinnt de Gaulle zunächst einmal Zeit in Nordafrika, was für seine weiteren Pläne von entscheidender Bedeutung ist.

Dann scheint de Gaulle entschlossen zu sein, das Verhältnis zwischen Frankreich und der Sowjetunion auf eine neue Grundlage zu stellen. Der frühere Ministerpräsident Paul Reynaud befindet sich seit Dienstag in Moskau. Man behauptet zwar in Paris, es handele sich um eine "private" Reise, aber die Gerüchte wollen nicht verstummen, dass Reynaud den Auftrag hat, in Moskau vorsichtig abzutasten, unter welchen Bedingungen Chruschtschow bereit wäre, seinen Einfluss auf Wasser geltend zu machen, um die ägyptische Unterstützung für die Aufständischen in Algerien abzustopfen. Zu gleicher Zeit appellierte de Gaulle an den früheren Innen- und Verteidigungsminister und französischen Bevollmächtigten bei den Abrüstungsverhandlungen der UNO, Jules Moch, er solle sein grosses Wissen für die Wiederbelebung der Abrüstungsgespräche der neuen Regierung zur Verfügung stellen. Niemand zweifelt in Paris daran, dass Moch diesem Appell Folge leisten wird. Unwidersprochen blieb bisher die in mehreren französischen Zeitungen veröffentlichte Nachricht, Moch werde ebenfalls nach Moskau reisen.

Bei der Erwähnung des Namens Jules Moch in diesem Zusammenhang taucht in Frankreich der Gedanke auf, dass de Gaulle möglicherweise die Absicht haben könnte, die Diskussion über die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa und die Errichtung eines kollektiven Sicherheitssystems der europäischen Staaten unter Führung Frankreichs neu zu beleben. Es ist seit langem bekannt, dass de Gaulle in der bedingungslosen Beteiligung Frankreichs an der NATO eine Schwächung der Position Frankreichs in Europa erblickt. Reynaud und Moch dürften die gleichen Gedanken haben; wenn auch verschiedenartig motiviert.

Unabhängig von den jetzt sich abzeichnenden aussenpolitischen Aktivitäten der neuen französischen Regierung bleibt das Bemühen de Gaulles bestehen, die traditionelle Freundschaft zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten zu erhalten.

+ + +

- 6 -

Eine Meldung und ihre mögliche Kommentierung

Von Kurt Hirsch

"...in Beantwortung der 76 Fragen des oppositionsführenden Aktionärs Nold, der ein Kapital von knapp 0,5 Millionen DM vertrat, teilte Abs unter anderem mit, dass seine eigenen Vorstandsbezüge zu 3/11 aus einem festen Gehalt von 90 000 DM bestünden und zu 8/4 aus dividendenabhängigen Tantiemen (mithin 330 000 DM). Kein Vorstandsmitglied habe mehr als die gesetzlich zulässige Zahl von zwanzig Aufsichtsratssitzen inne ..."

Stuttgarter Zeitung vom 23. April 1958

* * *

"Kleinlicher Merkur": Es ist als ein erfreuliches Zeichen der erfolgreichen Wirtschaftspolitik der Bundesregierung unter Führung von Bundeskanzler Dr. Dr. Dr. Dr. Adenauer zu werten, dass ein Mann wie Dr. Abs einen jährlichen Verdienst von DM 330 000,-- versteuern kann. Nur unverbesserliche Marxisten können an diesem im Interesse des ganzen Volkes liegenden Einkommen herumrörgeln... Leider wissen die Hetzer sehr wohl, was sie tun, wenn sie wegen der DM 330 000,-- zum Klassenkampf aufreizen und damit die Stabilität der deutschen Wirtschaft gefährden".

"Ganz Allgemeine": ... und niemand versteht es so gediegen und mit dem ihm eigenen Takt Geld und Politik auf einen Mann zu bringen. Mit der Sicherheit des Weltmannes bewegt er sich auf dem glanzvollen Parkett internationaler Banktagungen und dies geschieht niemals zum Schaden der Bundesrepublik. 330 000,-- DM Jahreseinkommen - wer würde lieber darauf verzichten als er und wer würde sich lieber der bescheidenen Schneckenzucht widmen und das liebe Kriechen der Tiere betrachten als Dr. Abs. Aber die Pflicht ...

"Der Gleichschritt" - Eine Soldatenzeitung: Die Sinnlosigkeit der Kriegsverbrecherprozesse wird einem von neuem zum Bewusstsein gebracht, wenn man sich vergegenwärtigt, dass ein so untadeliger Mann wie der allseits geschätzte Bankier Dr. Hermann J. Abs, der ein Jahreseinkommen von 330 000,-- DM aufweist, noch vor wenigen Jahren von den Siegermächten unter Anklage gestellt wurde. Das damals unter dem Einfluss der Morgenthau-Boys stehende und bolschewistisch versuchte USA-Justizpartement wagte es, die Rolle, die dieser aufrechte Deutsche während des zweiten Weltkrieges gespielt haben soll, mit folgenden Worten zu charakterisieren: "Abs ist einer der Finanz- und Industriegewaltigen, die den stärksten Einfluss auf den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft und auf die Orientierung der Hitler-Politik nach Totalitarismus ausgeübt haben".

18. Juni 1958

"Posemukler Zeitung": sind stolz auf den Mann, der im Vorstand der Deutschen Bank; Vorsitzender von 9 Aufsichtsräten; stellvertretender Vorsitzender bei 3 Aufsichtsräten und schlichtes Mitglied von 11 Aufsichtsräten ist ... Im Falle der Wiedervereinigung wird die Zahl der Konzerne, denen er uneigennützigweise mit Rat und Tat zur Seite steht, auf fünfzig bis sechzig steigen... Ein unerschrockener Kämpfer für die Einheit Deutschlands ... ein Diplomat des Geldes.

"Leben und leben lassen", Halbmonatsschrift für das schaffende Volk in Stadt und Land: ... Die warmherzige Aufgeschlossenheit von Dr. Abs gegenüber den Wünschen der christlichen Arbeitnehmerschaft ist bekannt. Obwohl er die Zehntausende Arbeiter und Angestellten, die in den Betrieben der Konzerne arbeiten, an denen er meist gegen seinen eigenen Willen beteiligt ist, nicht kennt, und diese auch nicht wissen, dass der ruhige Mann mit dem schlichten tiefschwarzen Anzug einer ihrer Chefs ist, fühlen sie sich und ihre Familien mit ihm wie mit einem Vater verbunden. Hier wird der Begriff von der Betriebsfamilie im edelsten, schönsten und besten Sinne verwirklicht. Alle halten zusammen. Sollte der radikale Flügel des DGB an diesem Zusammenhalt zweifeln, dann wird es allerdings höchste Zeit, dass die christlichen Arbeiter usw. ...

"Generalverzeiher": die Arbeitsleistung dieses ebenso bescheidenen wie zurückhaltenden Mannes ist unerhört. Sicherlich gibt es Leute, die ihn seine schwerverdienten 330 000,-- DM neiden. Aber wer möchte - so fragen wir - an seiner Stelle die Verantwortung gegenüber Gott, dem Vaterland und der Geschichte übernehmen?

"Bildchen-Zeitung": ... unglaublich ist die Schlichtheit dieses Mannes, der über ein Jahreseinkommen von 330 000,-- DM verfügt. Die bekannt spartanische Lebensweise von Dr. Abs veranlasst seinen Chauffeur oft, ihn zum Mittagessen mit nach Hause zu nehmen, damit dieser sich selbst gegenüber so strenge und genügsame Mann wenigstens eine warme Mahlzeit täglich zu sich nimmt ... Wie oft kommt es vor, dass man ihn in einer der Werksküchen seiner Betriebe beim Zusammenkratzen der Speisereste der Arbeiter überrascht. Mit schelmischem Lächeln versichert er dann, dass er heute besonders gut gegessen hätte ... Karl Marx überholt ... es gibt keine sozialen Gegensätze mehr.

+ + +

 Verantwortlich: Günter Markscheffel